

Fietkau, Hans-Joachim

Book Part

Umweltbewußtsein: Stand, Artikulationsformen und Veränderungsmöglichkeiten

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Fietkau, Hans-Joachim (1982) : Umweltbewußtsein: Stand, Artikulationsformen und Veränderungsmöglichkeiten, In: Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz (Wien) (Ed.): Umwelterziehung: anlässlich der Umweltschutztagung 1981 der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz am 14.03.1981 in Neusiedl am See, Österreichische Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz, Wien, pp. 5-27

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/112114>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Hans-Joachim FIETKAU

Umweltbewußtsein: Stand, Artikulationsformen und Veränderungs-möglichkeiten

Dieser Beitrag gliedert sich in drei Teile. Eingangs werde ich in gebotener Kürze Befunde aus der Umfrageforschung darstellen, die sich auf umweltbezogene Einstellungen und Werthaltungen der Bevölkerung beziehen. Bei dem Versuch, Umweltwerte zu beschreiben, sind Umfragen nur ein Mittel. Geäußerte Einstellungen und Werthaltungen, aber auch verbale Beschreibungen des eigenen Verhaltens sind oft kein guter Indikator für tatsächliches Verhalten. Es scheint deshalb sinnvoll, über die Betrachtung einiger Befunde aus der Umfrageforschung hinaus einen Blick in Bereiche zu werfen, in denen sich ökologische Wertvorstellungen konkret manifestieren. Eine in den letzten Jahren sehr sichtbar gewordene Manifestation ökologischer Wertvorstellungen sind die Bürgerinitiativen. Auf Sie soll in einem zweiten Abschnitt eingegangen werden. Anknüpfend an diese Betrachtungen werde ich einige Grundüberlegungen zu den Möglichkeiten, umweltbezogenes Verhalten zu beeinflussen, darstellen.

1. Umweltbewußtsein im Licht der Umfrageforschung

Über die wissenschaftliche und politische Verwertbarkeit von Befunden, die auf Meinungsumfragen beruhen, ist viel diskutiert worden. Läßt sich durch Meinungsumfragen so etwas wie ein öffentliches Meinungsklima erheben? Umfrageforschung ist heute auf der methodischen Ebene sowohl bei der Datenerhebung als auch bei der Datenauswertung ein hochkomplexes methodisches Verfahren. Auch wenn es möglich ist, an vielen Stellen des methodischen Prozesses Kontrollen einzubauen, die die Zuverlässigkeit der erhobenen Befunde stützen können,

müssen die Grenzen dieser Methodik gesehen werden. Es ist hier nicht die Aufgabe, tiefer über methodische Fragen zu reflektieren. Ich möchte jedoch davor warnen, einzelne Befunde als den unmittelbaren Spiegel der sozialen Wirklichkeit zu deuten. Auf die Frage z.B. "Halten Sie die Wasserverschmutzung für ein sehr ernstes Umweltproblem?" haben wir ein hohes Ausmaß an Zustimmung in der Bevölkerung bekommen, die gleiche Personengruppe antwortete jedoch auf die Frage, ob sie sich durch die Wasserverschmutzung persönlich sehr stark betroffen fühlt, in weit geringerem Umfang mit "ja". Es ist also ganz offensichtlich, daß durch unterschiedliche Arten der Fragestellung unterschiedliche Aspekte im Urteilsraum der Befragten angesprochen werden. Ein Umfrageforscher, der nur eine der beiden Fragen gestellt hätte, wäre in der Gefahr gewesen - je nachdem welche Frage er stellte - ein sehr hohes oder ein sehr niedriges Umweltbewußtsein bezüglich der Wasserqualität festzustellen. Wenn es bei Umfragen darum geht, so sensible Sachverhalte wie Meinungen und Werturteile zu erfassen, sollten wir uns an die Einschätzung gewöhnen: Eine Frage ist keine Frage.

Ist es wirklich so wichtig, wieviel Prozent der Bevölkerung auf eine bestimmte Frage 'ja' oder 'nein' sagen? Wenn man sich für das interessiert, was Menschen tun, so bieten einem in Interviews geäußerte Meinungen, Ansichten, Werthaltungen in nur geringerem Maße einen Indikator dafür, was jemand in einer realen Situation tun wird. Wichtiger als Befunde wie "soundsoviel Prozent der Bevölkerung sagen dies und soundsoviel Prozent der Bevölkerung sagen jenes", scheint es mir zu versuchen, Aussagen über kognitive Strukturen der Befragten zu bekommen und zu überlegen, wie sich die Entwicklung

bestimmter Werthaltungen erklären läßt. Hierzu ist es erforderlich, besser zu verstehen, in welche Wertstrukturen ökologische Werte integriert sind, wer vorrangig Träger dieser Werthaltungen ist, und wie sich die Entwicklung dieser Werthaltungen sowohl individuell als auch kollektiv darstellen läßt.

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen hat in seinem 1978 der Bundesregierung vorgelegten Umweltgutachten¹⁾ unter Rückgriff auf eine Vielzahl von Erhebungen dargestellt, in welchem hohem Maße Umweltwerte derzeit in der Bevölkerung der Bundesrepublik vorhanden sind. Er konnte zeigen, daß in den 70er Jahren Umweltwerte in der Bevölkerung ihren festen Platz gefunden haben. Umweltschutz wird von der allgemeinen Bevölkerung unter einer Vielzahl politischer Aufgaben mit als die gesehen, die derzeit am dringlichsten ist. Kaum jemand ist der Ansicht, daß die öffentliche Hand im Bereich Umweltschutz sparen sollte, während dies für andere Bereiche durchaus gefordert wird. In einer Reihe der dargestellten Untersuchungen findet sich auch eine hohe geäußerte Bereitschaft, durch individuelle Opfer zur Verbesserung der Umweltqualität beizutragen. Auch wenn man sich Befunde ansieht, die in den letzten Jahren publiziert wurden, kann man feststellen, daß Umweltschutz nach wie vor als eine der dringlichsten gesellschaftlichen Aufgaben gesehen wird. Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik, dies gilt wohl, wie Untersuchungen aus den USA²⁾ gezeigt haben, für alle Industriestaaten der westlichen Welt. Ich möchte diese Befunde nicht zahlenmäßig vertiefen oder ausdifferenzieren. Mir scheint es sinnvoller, auf das einzugehen, was

1) Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen: Umweltgutachten 1978, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart-Mainz 1

2) Robert C. Mitchell: The Public Speaks Again, in: New Environmental Survey, in: Resources for the Future, Sept./Nov. 1980

ich eingangs die Einbindung ökologischer Werte in die kognitive Struktur nannte und zu versuchen, einige Erklärungsmuster für die Entstehung ökologischer Werte zu diskutieren.

Seit einigen Jahren untersuchen wir im Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft ökologische Wertstrukturen. 1980 haben wir Repräsentativerhebungen in der Bundesrepublik, dem United Kingdom und den USA durchgeführt. Über die Repräsentativerhebungen hinaus haben wir spezifische Zielgruppen (Umweltschützer, führende Personen in der politischen Administration, Industriemanager) in gleicher Weise wie die allgemeine Bevölkerung befragt. Die Untersuchung ist als Längsschnittstudie geplant. Dies erlaubt uns die Analyse unserer Befunde auf drei Ebenen:

1. Ein Vergleich der Befunde zwischen den in die Untersuchung einbezogenen Ländern.
2. Ein Vergleich unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen.
3. Die Beobachtung der Wertentwicklung in unterschiedlichen Ländern und in unterschiedlichen Gruppen über die Zeit.

Die Analyse der Befunde ist noch nicht abgeschlossen. Aus dem aber, was ich z.Z. über die Ergebnisse sagen kann, möchte ich einen mir interessant erscheinenden Aspekt herausgreifen, der auf die eingangs formulierten Fragen zielt. Unter Berücksichtigung einer Vielzahl von Fragen zu ökologischen und gesellschaftlichen Werten konnten wir feststellen, daß die ökologische Orientierung der Bevölkerung keine eigenständige Werthaltung darstellt. Sie ist vielmehr eingebunden in allgemeinere gesellschaftliche Überzeugungen. Durch die folgenden 6 Fragen wird eine gemeinsame Grundhaltung bei den Befragten angesprochen.

1. Eine Gesellschaft, die bestrebt ist, die Natur so zu erhalten wie sie ist vs. eine Gesellschaft, die die Nutzung der Natur betont, um allgemeinen Wohlstand zu schaffen.
2. Eine Gesellschaft, die versucht, Wohlstand nicht um den Preis von Risiken zu schaffen vs. eine Gesellschaft, die bewußt Risiken in Kauf nimmt, um Wohlstand zu schaffen.
3. Eine Gesellschaft, die Wert darauf legt, daß menschliche Arbeit in erster Linie befriedigend ist vs. eine Gesellschaft, die Wert darauf legt, daß Arbeit in erster Linie wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung trägt.
4. Eine Gesellschaft mit vielen Möglichkeiten für Bürger, an politischen Entscheidungen teilzunehmen vs. eine Gesellschaft, in der politische Entscheidungen von den dafür Verantwortlichen getroffen werden.
5. Eine Gesellschaft, in der Menschen hauptsächlich nach ihren menschlichen Qualitäten beurteilt werden vs. eine Gesellschaft, in der Menschen hauptsächlich nach dem, was sie erreicht haben, beurteilt werden.
6. Eine Gesellschaft, die Umweltschutz über Wirtschaftswachstum stellt vs. eine Gesellschaft, die Wirtschaftswachstum über Umweltschutz stellt.

In diesem Komplex von 6 Fragen sind 2, die sich auf ökologische Werte beziehen: Einmal die Erhaltung der Natur, so wie sie ist und zum anderen der Wunsch nach einer Gesellschaft, die Umweltschutz über Wirtschaftswachstum stellt. Beide Wünsche sind eingebettet in andere gesellschaftliche

Wertvorstellungen, die durch die 4 restlichen Fragen repräsentiert werden. Die 6 Fragen stellen eine Ganzheit dar. Wer sich für die beiden ökologischen Werte entscheidet, entscheidet sich in aller Regel auch dafür, daß eine Gesellschaft nicht danach streben sollte, Wohlstand auch um den Preis von Risiken zu schaffen, daß eine Gesellschaft Wert darauf legen sollte, daß menschliche Arbeit in erster Linie befriedigend ist, daß eine Gesellschaft ihren Bürgern Partizipationsmöglichkeiten geben muß, daß Menschen hauptsächlich nach ihren menschlichen Qualitäten beurteilt werden sollten.

Das hier beschriebene Wertemuster erweist sich nach methodischen Prüfungen als außerordentlich stabil. Es fügt sich in theoretische Überlegungen, die derzeit in Soziologie und Psychologie zum Wertwandel diskutiert werden. Es fügt sich in das, was Ronald Inghelhart in seinem Buch 'The Silent Revolution' als Ausdruck postmaterieller Werte beschrieben hat. Postmaterielle Werte sind solche, die sich überwiegend auf die Befriedigung zwischenmenschlicher Bedürfnisse richten und das einschließen, was unter dem Schlagwort "Selbstverwirklichung" derzeit Beachtung findet. Unter postmateriellen Werten verstehen wir den Wunsch von Menschen, verstärkt in unterschiedlichen Lebensbereichen Mitspracherecht zu haben, verstehen wir die Sehnsucht nach einer humaneren und weniger unpersönlichen Gesellschaft, sehen wir die Forderung nach einer Gesellschaft, in der Ideen mehr zählen als Geld. In dieses Wertemuster fügen sich nun ökologische Wertstrukturen ein. Von den postmateriellen Werten lassen sich die materiellen Werte abgrenzen, bei denen es um die Befriedigung von Konsumbedürfnissen und die Gewährleistung gesellschaftlicher Stabilität und wirtschaftlichen Wachstums, d.h. um die Sicherung der materiellen Güter geht. Inghelhart nimmt einen Wandel gesellschaftlicher Wertstruk-

turen an - er glaubt auch anhand von Daten, die seitens der Europäischen Gemeinschaft seit vielen Jahren in allen Mitgliedsländern erhoben werden, belegen zu können, daß wir derzeit in westlichen Industrienationen vor einem Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten stehen. Wir stehen vor einem Wandel gesellschaftlicher Grundüberzeugungen, und dieser Wandel wird in starkem Maße durch das Aufkommen ökologischer Wertvorstellungen mit determiniert.

Woher kommt dieser Wandel? Inghart favorisiert eine Sozialisationshypothese. Sie besagt, daß die unterschiedlichen Werthaltungen in den frühen Phasen der ontogenetischen Sozialisation angelegt und determiniert werden. Die Generation von Menschen, die nach dem 2. Weltkrieg in westlichen Industrienationen groß geworden ist, hat in ihrer großen Mehrheit in den frühen und, wie Inghart meint, prägenden Jahren ihres Lebens, nicht die Erfahrung der Bedrohung der materiellen Existenz gemacht. Die meisten meiner Generation kennen nicht die unmittelbare Bedrohung durch Krieg. Sie kennen nicht die Angst, morgen nichts zu essen und zu trinken zu haben. Sie kennen nicht die Angst, ihren Wohnraum gänzlich zu verlieren. Diese Erfahrung, daß die materiellen Grundlagen der Existenz im Grunde gesichert sind, ermöglicht es dieser Generation nach neuen Werten und Zielen Ausschau zu halten, die die eben genannten materiellen Zielvorstellungen überschreiten. Die Suche nach einer gesunden Umwelt wäre so gesehen determiniert durch die Absättigung materieller Grundbedürfnisse in prägenden Sozialisationsphasen des Menschen. Diese Sicht läßt sich durchaus durch uns vorliegende Befunde stützen. Jüngere Menschen sind in höherem Maße Träger postmaterieller Wertvorstellungen. Hier ist es insbesondere die Gruppe der 20-30jährigen, die diesen Wertkomplex in besonderer Weise betont.

Postmaterielle/ökologische Wertvorstellungen sind aber nicht allein eine Funktion des Alters. Einen weit besseren Erklärungshintergrund bietet die Überlegung, daß Menschen in unterschiedlicher Weise Nähe oder Ferne zum (industriellen) Produktionsprozeß haben. Wir können in aller Deutlichkeit zeigen, daß Personen, die im Dienstleistungsbereich arbeiten und hier insbesondere im Bereich der sozialen Dienstleistungen, in weit höherem Maße postmaterielle/ökologische Werte tragen. Dies spiegelt sich u.a. auch in der Struktur der Mitgliedschaften in Umweltschutz-Bürgerinitiativen und Naturschutzorganisationen wider, wie wir sie in der Bundesrepublik Deutschland vorfinden. Während 9,7% der allgemeinen Bevölkerung im Gesundheitswesen/Erziehungsbereich tätig sind, sind es unter den Umweltschützern und den Mitgliedern in Naturschutzorganisationen mehr als das Doppelte, nämlich 22,4%. Menschen in Dienstleistungsberufen haben weniger Umgang mit Dingen als mit Ideen, juristischen Normen, Erziehungsaufgaben und Verwaltungsprozessen. Vielleicht ist es eine von vornherein gegebene Affinität zu diesen Dingen, die die Menschen in diese Berufe bringt. Vielleicht ist es aber auch der Umgang mit diesen Dingen, der prägt. Es könnte sein, daß der tägliche Umgang mit natürlichen Gütern und Werkstoffen eine instrumentelle Sicht der Natur determiniert. Natürliche Güter sind Dinge die man benutzt, um etwas anderes zu erreichen. Menschen in Dienstleistungsberufen erleben Natur nicht in dieser instrumentalisierten Weise. Für sie ist Natur Möglichkeit zur Erholung, zur Freizeit und damit möglicherweise Wert an sich.

Wenn das, was die Daten belegen, Realität trifft, dann stehen wir vor einer neuen Kluft gesellschaftlicher Wertvorstellungen. Der Paradigmenwechsel von materialistischen zu

postmaterialistischen Werten läßt sich nicht mehr entlang den klassischen Dimensionen soziologischer Betrachtung beschreiben. Der Wettstreit der Paradigmen ist, wenn meine Hypothese stimmt, primär kein Wettstreit der Generationen und kein Kampf zwischen den sozialen Schichten. Die eigentliche Wertekluft, die wir heute in westlichen Industrienationen beobachten können, verläuft zwischen den Menschen, die teilhaben am industriellen Produktionsprozeß (Manager, Fließbandarbeiter, Handwerker) und denen, die in (sozialen) Dienstleistungsberufen tätig sind (Sozialarbeiter, Ärzte, Juristen etc.).

Das so beschriebene Auseinanderklaffen von Wertvorstellungen führt uns zu den Fragen, in welcher Weise dieses sich neu entwickelnde Wertepotential politische Artikulationsformen findet.

2. Bürgerinitiativen: eine Artikulationsform von Umweltbewußtsein?

Der Zeitpunkt, im Sinne einer Bestandsaufnahme, die Umweltbewegung zu kennzeichnen und auf dem Wege einer theoretischen Durchdringung und Extrapolation ihre Zukunft abzuschätzen, ist schlecht gewählt. Die politischen Artikulationsformen eines sich wandelnden Umweltbewußtseins sind derzeit starker Diskussion in den verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen ausgesetzt; die Protagonisten der Umweltbewegung selbst und ihre Gruppierungen lassen sich kaum einheitlich hinsichtlich ihrer Zielsetzungen und der von ihnen diskutierten politischen Strategien charakterisieren. Ebenso heterogen ist die sozio-demografische Struktur, die Motivlage, die politische Grundorientierung und Herkunft derer, die sich im Rahmen der Umweltschutzbewegung politisch artikulieren. Bei dieser Ausgangslage scheint es angemessen, die ökologische Bewegung nicht in all ihren tagespolitischen Spielarten - so wie derzeit über sie in der Presse berichtet wird - darzustellen, sondern zu versuchen, Grundlinien der Entwicklung zu zeichnen und theoretische Deutungen der beobachtbaren politischen Wirklichkeit zu wagen.

Obwohl der Naturschutzgedanke in der Bundesrepublik eine lange Tradition hat und der Deutsche Naturschutzring und andere Naturschutzorganisationen sich seit Jahrzehnten (z.Zt. mit mehr als 3,2 Millionen Mitgliedern) aktiv bemüht, der fortschreitenden Zerstörung der Natur Einhalt zu gebieten, haben die Naturschutzorganisationen nicht die politische Sichtbarkeit in der breiten Öffentlichkeit erlangt, wie sie derzeit die Umweltbewegung mit ihrer Organisation in Bürgerinitiativen genießt. Bürgerinitiativen und in jüngster Zeit aus ihnen hervorgegangene Wahlbündnisse - "Grüne Listen" - prägen die politische Landschaft, und es scheint im Bereich des Möglichen, daß durch sie die politischen Machtstrukturen der Bundesrepublik einer längerfristigen und deutlichen Veränderung unterworfen werden. Die Veränderungen, die als Möglichkeit in Betracht gezogen werden müssen, betreffen im Wesentlichen drei Bereiche:

1. Stärkere Einbeziehung ökologischer Überlegungen in politische Entscheidungsprozesse,
2. Veränderung politischer Partizipationsformen - stärkere Hinwendung zu Formen direkter Mitbestimmung des Bürgers bei politischen Planungen ¹⁾ und
3. Abwendung von parteipolitischen Organisationsformen, die ihrem Anspruch als Volkspartei entsprechend bemüht sind, innerhalb ihrer Organisation zu einem Interessenausgleich der relevanten gesellschaftlichen Gruppen zu kommen - stärkere Hinwendung zu politischen Gruppierungen, die Aufgabenschwerpunkte in Teilbereichen politischen Handelns setzen.

Seit Ende der 60er Jahre bilden sich in der Bundesrepublik Bürgerinitiativen, deren thematischer Schwerpunkt zunächst im Bildungsbereich lag ("kleine Kinder brauchen kleine Klassen") und sich dann stärker auf regionale Planungsaufgaben (Spielplätze, Fußgängerzonen, öffentliche Nahverkehrssysteme) verlagerte. In den letzten Jahren ist eine deutlich wachsende Zahl von Bürgerinitiativen zu beobachten, die sich mit Fragen des Umweltschutzes beschäftigen, wobei für den Zusammenschluß meist regionale Planungen als Anlaß dienen (Bau von Industrieanlagen, Kraftwerken etc.). In der jüngsten Entwicklung der Bürgerinitiativbewegung wird jedoch deutlich, daß über konkrete regionale Probleme hinaus (die lediglich als Initialzündung für die Gründung der Initiativen diente) eine Beschäftigung mit allgemeinen, insbesondere umweltpolitisch-ökologischen Problemstellungen, stattfindet. Hierbei stehen Fragen der Stadt- und Regionalentwicklung, des Autobahnbaus, der Energieversorgung und der Risiken von Kernkraftwerken im Vordergrund der Diskussion.

Es ist ein neues Phänomen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik, daß sich Bürger als politische Interessengemeinschaften außerhalb der etablierten politischen Partizipations-

1) vgl. H. Matthöfer (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen, Neckar-Verlag, Villingen-Schwenningen 1977.

bereiche zusammenschließen. Ellwein ¹⁾ sah 1973 in der Bundesrepublik eine politische Apathie, die er als Resignation gegenüber "denen da oben" auffaßte. Ein Wandel deutete sich hier bereits in der Studentenbewegung der 60er Jahre an und setzt sich in der Bürgerbewegung der 70er Jahre fort. Bundespräsident Heinemann würdigte die Bürgerinitiativen als "Stück Bürgermündigkeit" und drückte dies in der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises 1973 an eine Bürgerinitiative in München aus.

Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich haben sich in der Bundesrepublik als lockere Zusammenschlüsse von einzelnen Planungsmaßnahmen betroffener Bürger gebildet. Ihre Kraft bezogen sie aus der spontanen Unterstützung interessierter Bürger und sind bemüht, gegenüber politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen ihre politische Autonomie zu behalten. Da es in diesen Initiativen kaum formal Mitgliedschaften gibt, ist es sehr schwierig, die Zahl derjenigen abzuschätzen, die sich in Bürgerinitiativen für Umweltschutzbelange einsetzen. Professor Thaysen ²⁾ schätzt die Gesamtzahl derjenigen Bundesbürger, die sich in Bürgerinitiativen engagieren, auf 1,5 Millionen. Man kann davon ausgehen, daß etwa die Hälfte der Bürgerinitiativen im engeren Sinne im Umweltschutzbereich engagiert sind - dies würde bedeuten, daß Ende 1977 etwa 750.000 Bundesbürger als aktive Mitglieder in Umweltschutzbürgerinitiativen anzusehen sind. Diese Schätzung deckt sich mit Ergebnissen aus der Umfrageforschung, nach denen knapp 2 % der Bundesbürger aktiv in Umweltschutzinitiativen mitarbeiten. In diesem Zusammenhang scheint der Vergleich zu der Mitgliederstärke der großen politischen Parteien in der Bundesrepublik interessant. Nach einer Zusammenstellung der Zeitschrift "Wirtschaftswoche" (April 4, 1977) waren zum gleichen Zeitraum 1,7 Mio. Bundesbürger Mitglieder in politischen Parteien. Die Bürgerbewegung in der Bundesrepublik, die sich in der Bildung von Bürgerinitiativen institutionalisiert hat, führte aber nicht zu einem

- 1) Ellwein, Th.: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Köln Opladen 1973.
- 2) Bürgernitiativen - Hilfe oder Gefahr für Parteien und Parlament? Stenografische Niederschrift der Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V., Oktober 1977, Bonn, Bundeshaus.

Rückgang oder zu einer Stagnation der Mitgliederzahlen in den politischen Parteien - die großen politischen Parteien in der Bundesrepublik haben in den letzten Jahren deutlich wachsende Mitgliederzahlen zu verzeichnen¹⁾. Es kann also insgesamt von wachsenden Partizipationsbereitschaften am politischen Prozeß in der Bundesrepublik gesprochen werden.

Seit 1977 wird in der Bürgerinitiativbewegung diskutiert, ob es sinnvoll ist, über die Bildung einer "ökologischen Partei" direkten Einfluß auf die politischen Prozesse im Umweltbereich zu nehmen. Bei den im Juni 1978 durchgeführten Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen haben sich die Umweltschutz-Bürgerinitiativen zu "Grünen Listen" zusammengeschlossen und zwischen 3 und 4 % der Stimmen erhalten. Dieses Ergebnis wurde sowohl von den Bunten Listen als auch von den anderen politischen Parteien als ein außerordentlicher und unerwarteter Erfolg der Umweltbewegung gewertet. Die derzeit laufende Diskussion, eine Umwelpartei auf Bundesebene zu gründen, macht unterschiedliche Motivationsstrukturen in der Bürgerbewegung selbst deutlich. Zwei Strömungen in der Ökologiebewegung der Bundesrepublik treffen an diesem Punkt aufeinander. 1. die einen, die über die Bildung einer politischen Partei unmittelbar Einfluß auf den politischen Prozeß nehmen wollen, um ökologische Grundsätze stärker in das politische Geschehen einzubringen; 2. die anderen, denen es in stärkerem Maße um eine Änderung demokratischer Strukturen geht, die aus einer Ablehnung parteipolitischer Verkrustung heraus auf dem ökologischen Gedankengut aufbauend eine Basisdemokratie in der Bundesrepublik realisieren wollen. Die letzteren befürchten, daß durch eine Parteibildung in der Ökologiebewegung deren Spontanität verloren geht und ihr damit die Basis entzogen würde, von der sie lebt. Es bleibt abzuwarten, ob es hier zu einer Vereinheitlichung der Strategie kommt oder ob die Strömung, die diese zwei Grundwerte repräsentieren, zu einer Spaltung der Bewegung in zwei Gruppen führt: diejenigen, die über etablierte politische Strukturen innerhalb des Parteiensystems dem Umwelt-

1) vgl. Armbruster, B.: Bürgerbeteiligung in verschiedenen Beteiligungsfeldern. In: Matthöfer, H. (Hrsg.): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Neckar Verlag. Villingen-Schwenningen 1977, S. 316-330.

schutzgedanken mehr Beachtung schenken wollen und diejenigen, die auf der Ökologiebewegung aufbauend und durch ein Mißtrauen gegenüber dem Parteiensystem getragen die außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik zu stärken suchen.

Die Zukunftschancen einer Umweltpartei hängen stark von den Erwartungen, Wünschen und Hoffnungen ab, die die Bundesbürger in sie setzen. Es hat den Anschein, als ob viele in einer Umweltschutzpartei eine Alternative zu der derzeitigen Parteilandschaft sehen.

Das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach im März 1978 eine Repräsentativerhebung in der Bundesrepublik Deutschland zu dem Thema "Umweltschutz und Wahlverhalten" durchgeführt (N = 2000). Es wurde versucht, die Auswirkungen der sich bildenden parteipolitischen Orientierung der Umweltbewegung auf die politische Urteilsbildung zu analysieren. Hierbei ergaben sich u.a. folgende Ergebnisse:

- 27 Prozent, also mehr als ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung, sehen mit Bezug auf die Umweltpolitik bei den etablierten Parteien keine akzeptablen Lösungsansätze. 53 Prozent der Befragten sind dafür, zur Lösung dieser Probleme außerparlamentarische Gruppen der Bürgerinitiativen Mitbestimmungsmöglichkeiten zuzubilligen.
- 40 Prozent der Bevölkerung würden es generell begrüßen, wenn auf Bundesebene eine Umweltschutzpartei gegründet würde. Jedoch führt ein Überdenken dieser Einstellung allein durch eine Konfrontation mit dem Argument der "single-issue"-Partei schon zu einer zurückhaltenderen Einstellung: der Anteil der Befürworter sinkt allein durch dieses Argument auf 31 Prozent.
- Ebenso stehen die Befragten einer Verbreiterung des Parteienspektrums - wenigstens auf Bundesebene - recht skeptisch gegenüber: nur 22 Prozent würden die Vertretung weiterer kleinerer Parteien im Bundestag begrüßen. Die Erinnerung an die Weimarer Republik, die durch eine Zersplitterung der Parteienlandschaft gekennzeichnet war,

und deren Zusammenbruch Hitler an die Macht brachte, ist für viele als Schreckensvision gegenwärtig.

- Eine mögliche Umweltpartei wird auf vier politisch als wichtig anzusehenden Einstellungsdimensionen

rechts	-	links
konservativ	-	fortschrittlich
radikal	-	gemäßigt
auf Seiten der Arbeitnehmer	-	auf Seiten der Arbeitgeber

etwa in der Mitte angesiedelt. Die Umweltschutzpartei wird also im Hinblick auf die genannten Einstellungsdimensionen keineswegs als radikale Randgruppierung angesehen.

Zwischen denen, die als aktiv im Umweltschutzbereich angesehen werden können (Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Teilnahme an Versammlungen zu Umweltschutzfragen etc.) und denen, die als passiv klassifiziert wurden, ergab sich zunächst eine Reihe von statistisch abgesicherten Unterschieden in soziodemografischen Variablen.

Blickt man auf die Altersverteilung, so zeigt sich, daß bei den "Aktiven" die jüngeren Bürger deutlich überrepräsentiert sind. Ein Schwergewicht der "Aktiven" ergibt sich in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren. Hinsichtlich des Einkommens finden sich unter den "Aktiven" insbesondere Bürger, die unter 1.000,-- DM (Haushaltsnettoeinkommen) und über 2.000,-- DM im Monat zur Verfügung haben. In Kombination mit der Schulbildung (die "Aktiven" haben eine deutlich höhere Schulbildung) läßt sich wohl sagen, daß Schüler und Studenten (mit geringerem Einkommen) sowie Absolventen einer höheren Schulbildung (mit höherem Einkommen) in Bürgerinitiativen überrepräsentiert sind. Dies scheint jedoch kein Spezifikum für Bürgerinitiativen zu sein, sondern eher die Bereitschaft zu spiegeln, sich im politischen Bereich überhaupt zu engagieren. Es zeigt sich in Bürgerinitiativen eine Tendenz dahin, daß die "Aktiven" auch in Gewerkschaften und Parteien in stärkerem Maße engagiert sind ¹⁾.

1) vgl. hierzu: Armbruster, B. & Leisner, R.: Bürgerbeteiligung in der Bundesrepublik. Otto Schwarz Verlag, Göttingen 1975.

Die Ergebnisse sprechen dafür, daß die Bevölkerung sich weniger aufgrund vorhandener umweltbelastender Einrichtungen politisch engagiert; es scheint vielmehr so zu sein, daß man sich mit den vorhandenen Belästigungen eher abzufinden bereit ist. Das politische Engagement entzündet sich an geplanten Einrichtungen; Ausgangspunkt für das politische Engagement im Umweltschutzbereich scheint die Sorge vor einer Verschlechterung der Umweltqualität in der Zukunft zu sein. Die Einstellung zum technischen Fortschritt scheint hier eine besondere Rolle zu spielen: es ergeben sich unterschiedliche Einschätzungen hinsichtlich der Folgen des technischen Fortschritts. Von den im Umweltschutzbereich eher "Passiven" sind 60 % der Befragten der Ansicht, daß die Menschheit auch die Probleme der Umweltverschmutzung lösen wird, weil sie ja bisher mit ihren Problemen fertig geworden sei. Diese Auffassung vertreten von den "Aktiven" nur 26 %, die "Aktiven" sind auch in stärkerem Maße der Ansicht, daß wir an den Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums angekommen sind und daß weitere technische Entwicklung uns keine spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen bringen wird.

Es wird häufig die Vermutung geäußert, daß die Umweltbewegung - mindestens in der Bundesrepublik - als Ausdruck eines schwindenden Vertrauens in die demokratischen Entscheidungsprozesse gedeutet werden kann ¹⁾. Dies wäre auch insofern plausibel, als dem wachsenden Partizipationsbedürfnis an politischen Entscheidungsprozessen in der Bevölkerung keine entsprechenden demokratischen Mechanismen gegenüberstehen. Die Möglichkeit des Bürgers, sich alle 4 Jahre an der Wahlurne zwischen politischen Parteien zu entscheiden, die sich in ihren politischen Standpunkten immer mehr annähern, muß diesen Schluß nahelegen. Die politische Willensbildung hat sich in der Bundesrepublik von den offiziellen Wahlen in die innerparteiliche Diskussion verlagert. Wer am politischen Entscheidungsprozeß in der Bundesrepublik tatsächlich teilhaben will, muß unter den gegebenen Strukturen an der politischen Diskussion innerhalb einer politischen Partei teilnehmen. Bei den etablierten Parteien in der

1) Zur Rolle der Umfrageforschung in diesem Bereich aus methodenkritischer Sicht: vgl. Allerbeck, K.R.: Demokratisierung und sozialer Wandel. Westdeutscher Verlag, Oppladen 1976.

Bundesrepublik sieht aber mehr als jeder vierte Bürger keine akzeptablen Lösungsansätze im Umweltschutzbereich. Die Lösung der Probleme wird stattdessen von außerparlamentarischen spontanen Gruppen erwartet. Die hier sich andeutende Änderung im politischen Meinungsklima kann nicht als eine Abwendung von demokratischen Strukturen gedeutet werden. Sie ist vielmehr als Ausdruck einer Skepsis zu interpretieren, die sich gegenüber den in den politischen Parteien für den außenstehenden Bürger weitgehend undurchsichtig ablaufenden politischen Prozessen - gerade im Umweltschutzbereich - gebildet hat. So konnte das Battelle-Institut ¹⁾ feststellen, daß die Bürger, die sich gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Whyl zusammengeslossen haben, in ihrer Einschätzung des Funktionierens der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland sich nicht deutlich von anderen Bürgern unterscheiden, die sich für politische Probleme engagieren.

Das Battelle-Institut betont, daß das Vertrauen in die politischen Strukturen in der Bundesrepublik auch bei Bürgerinitiativen im Umweltschutzbereich vorhanden ist und weist darauf hin, daß sich der in den Bürgerinitiativen ausdrückende Unmut gegen Einzelentscheidungen des politischen Systems richtet.

Es scheint also wenig angemessen, das sprunghafte Anwachsen der Bürgerbewegung in der Bundesrepublik als einen Ausdruck schwindenden Vertrauens in demokratische Entscheidungsstrukturen zu deuten. Wenn überhaupt von einem Vertrauensschwund gesprochen werden kann, dann doch wohl nur in der Form, daß sehr viele Menschen in der Bundesrepublik neue Wege demokratischer Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen suchen. Die neuen Partizipationsmechanismen lassen sich nur

1) Battelle Institut: Einstellungen und Verhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten. Frankfurt 1977

schwer einbinden in die traditionellen politischen Entscheidungswege und werden deshalb nur allzu leicht als mit den (traditionellen) demokratischen Mechanismen unvereinbar wahrgenommen und in Folge dieser Wahrnehmung als undemokratisch abqualifiziert.

Es kann nach allen vorliegenden Informationen davon ausgegangen werden, daß in der Bundesrepublik derzeit eine große Nachfrage in der Bevölkerung nach einer politischen Partei besteht, in der wirtschaftliche und politische Problemstellungen aus einer ökologischen Perspektive gesehen werden und die dem Bedürfnis breiter Bevölkerungsgruppen nach Teilhabe am politischen Entscheidungsprozeß bürgernah Rechnung trägt. Bürgernähe und ökologische Orientierung werden zwar jetzt auch zunehmend von den etablierten politischen Parteien entdeckt, es bleibt aber abzuwarten, ob die Bevölkerung den Parteien diese Trendwende als eine Neuorientierung ihrer Werthaltungen abnimmt oder dies eher als den Versuch wertet, ihr Wählerpotential zu halten, das zu ökologischen Gruppierungen abzuwandern droht.

3. Veränderungsmöglichkeiten von Umweltbewußtsein

Die folgenden Ausführungen basieren auf einer Studie, die Hans Kessel und ich im Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft durchführten.¹⁾

Umwelterziehung ist in den letzten Jahren zu einem wissenschaftlichen und politischen Thema geworden (Konferenzen zur Umwelterziehung Stockholm 1972, Tbilissi 1977, München 1978). Die am besten elaborierten Konzepte zur Veränderung von Umweltbewußtsein liegen für den schulischen Raum vor. Das Institut für Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel beschäftigt sich seit Jahren mit der Erstellung von Unterrichtsmaterialien zur Umwelterziehung in der Schule. Unsere Überlegungen, die darauf abzielen, ökologische Werte in der Bevölkerung zu verankern, richten sich jedoch

1) Hans-Joachim Fietkau, Hans Kessel: Umweltlernen. Veränderungsmöglichkeiten des Umweltbewußtseins. Modelle-Erfahrungen. Athenäum/Hain, Meisenheim 1981, im Druck.

nicht allein auf die schulische Unterrichtssituation. Die Erfahrung ökologischer Zusammenhänge und die Bewußtwerdung der Umweltproblematik vollzieht sich nicht allein in Unterrichtssituationen, sondern auch - und vielleicht überwiegend - in der direkten Konfrontation mit der realen Umwelt.

Unter dem Anspruch, Umweltbewußtsein in der Bevölkerung zu fördern, ist jedoch nicht allein an die Veränderung umweltbezogener Einstellungen, Werthaltungen, Wünsche und Befürchtungen zu denken, sondern auch und vielleicht gerade an umweltrelevante Verhaltensweisen, die sich sowohl in individuellen Handlungen (z.B. umweltbewußtem Konsumverhalten) als auch in politischen Aktivitäten (zum Beispiel Durchsetzung ökologischer Gesichtspunkte in politischen Organisationen) ausdrücken können. Die Ziele, die sich mit dem Begriff Umweltlernen verbinden, lassen sich unter vier Punkten zusammenfassen:

1. Das Verständnis ökologischer Systemzusammenhänge und medialer Probleme (Luftverschmutzung, Wasserver-
schmutzung etc.),
2. die Orientierung des eigenen Verhaltens an ökologischen Gesichtspunkten,
3. die Unterstützung umweltpolitischer Forderungen und Maßnahmen auf der politischen Ebene und
4. die Bereitschaft, sich in politischen Organisationen aktiv für umweltpolitische Gesichtspunkte zu verwenden.

Bei der Betrachtung bisheriger Konzepte, Umweltbewußtsein in der Bundesrepublik Deutschland zu stärken, muß man zu dem Eindruck gelangen, daß seitens staatlicher Organisationen, aber auch seitens privater Verbände die Vermittlung umweltrelevanten Wissens und umweltbezogener Werthaltung im Vordergrund stand. Sicher ist es erforderlich, über

Plakataktionen, Broschüren etc. Umweltgesichtspunkte der Bevölkerung näherzubringen. Dies ist jedoch nicht ausreichend. Das Ziel, ökologische Gesichtspunkte im Handeln zu verankern, läßt sich nicht allein über die Vermittlung von Wissen und Werthaltungen realisieren. Die dargestellten empirischen Untersuchungen zum Umweltbewußtsein in der Bevölkerung machen deutlich, daß ökologische Werte in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert genießen. Es ist nun deshalb an der Zeit, verstärkt Überlegungen darüber anzustellen, wie dieses Umweltbewußtsein in konkretes Handeln umgesetzt werden kann.

Zur Realisierung eines ökologisch orientierten Verhaltens sind fünf Voraussetzungen erforderlich:

1. Es muß ein hinreichendes Wissen um ökologische Zusammenhänge vorhanden sein.
2. Es müssen ökologische Wertvorstellungen gegeben sein.
3. Die für das umweltrelevante Verhalten erforderlichen (infrastrukturellen) Verhaltensangebote (z.B. Altglas-Container) müssen vorhanden sein.
4. Für das umweltrelevante Verhalten müssen Handlungsanreize vorhanden sein.
5. Dem umweltschonenden Verhalten müssen positive Verhaltenskonsequenzen folgen.

Wenn es richtig ist, daß umweltbezogenes Wissen und umweltrelevante Werte in der Bevölkerung derzeit in starkem Maße gegeben sind, dann muß eine Konzeption zur Förderung ökologisch orientierten Handelns in der Bevölkerung jetzt an den Handlungsanreizen und Handlungsmöglichkeiten anknüpfen. Darüber hinaus ist es notwendig, daß dem einzelnen einsichtig und erfahrbar wird, daß sein Handeln Konsequenzen nach sich zieht. Es müssen Vermittlungsformen gefunden werden, die es der Bevölkerung klar machen, daß sie durch ihr eigenes Verhalten die Qualität der Umwelt (mit)bestimmt.

Das Votum für 'Umweltlerner' ist ein Votum für ein handlungsorientiertes Lernen. Dies bedeutet z.B. für die Schule, daß den Schülern die Möglichkeit gegeben werden muß, außerhalb klassischer Unterrichtsformen z.B. in "ökologischen Außengeländen" durch direkte Anschauung Umweltprobleme besser zu verstehen. Unterrichtsblöcke von einem oder mehreren Tagen könnten sich diesem Problem widmen. In einer die Unterrichtsfächer übergreifenden Form müßten dem Schüler die Möglichkeit gegeben werden, durch eigene Analysen, Experimente und Beobachtungen die Zusammenhänge in seiner unmittelbaren Lebensumwelt besser zu verstehen. Das Verständnis ökologischer Zusammenhänge erfordert ein Zusammenwirken unterschiedlicher Disziplinen (Biologie, Geografie, Sozialkunde, Chemie etc.). Für einen derartigen fächerübergreifenden projektorientierten Unterricht müssen neue didaktische Formen gefunden werden. Darüber hinaus scheint es erforderlich, in der Lehrerausbildung diesen Aufgaben Rechnung zu tragen.

Durch derartige Unterrichtsformen muß sichergestellt werden, daß die Verwertbarkeit des Lerninhalts für den eigenen Lebensbezug deutlich wird. Dies kann durch problem- und fallorientierte "Unterrichtsformen" realisiert werden, die auf die regionalen Besonderheiten der Umweltproblematik Bezug nehmen.

Nicht nur zur Realisierung der oben angerissenen Schulprojekte, sondern auch für die Eröffnung von Umweltlernmöglichkeiten für breite Bevölkerungsgruppen scheint es sinnvoll, seitens der Kommunen Einrichtungen zu schaffen, die auf lokaler Ebene helfen, ökologische Zusammenhänge verstehbarer und erfahrbarer zu machen. Derartige "Field and Urban Study Centers" finden wir in England, in Schweden und in den Niederlanden. Ein wesentlicher Beitrag dieser Einrichtungen

ist es, die Natur so zu zeigen, wie sie sich ohne die Einwirkung von Menschen entwickelt. Sie können für Unterrichts- und Demonstrationszwecke verwendet werden. Mit solchen Einrichtungen liegen insbesondere in den Niederlanden sehr positive Erfahrungen vor. Sie dienen u.a. auch Schulklassen als Demonstrations- und Experimentierfeld.

Eine entscheidende Schwierigkeit bei dem Versuch, auf ökologisch relevante Verhaltensweisen Einfluß zu nehmen, besteht darin, daß die Konsequenzen des individuellen Handelns im Umweltbereich in der Regel nicht sichtbar werden. Viele von uns mögen sich sagen, was trägt es schon zur Umweltbelastung bei, ob ich ein öffentliches Nahverkehrsmittel benutze und meinen PKW aus Umweltschutzgründen zu Hause stehen lasse oder ob ich beim Kauf von Lebensmitteln darauf achte, daß diese nicht in Verpackungen angeboten werden, die dann umweltbelastend sind. Die Psychologie lehrt uns aber in aller Deutlichkeit, daß es zum Aufbau und zur Stabilisierung neuen Verhaltens unabdingbar ist, daß die Handlungskonsequenzen für den einzelnen sichtbar werden. Vielleicht könnte es eine Hilfe darstellen, wenn die Kommunen z.B. öffentlich sichtbare Anzeigegeräte für die Qualität von Luft und Wasser und für Lärm aufstellen würden. Diese würden die aktuellen Belastungen ebenso deutlich sichtbar machen wie Veränderungen in der Zeit und regionale Unterschiede. Es bliebe abzuwarten, ob die so visualisierte Veranschaulichung der Umweltbelastung nicht positive Rückwirkungen auf das Verhalten des einzelnen haben kann. Derartige Rückwirkungen können möglicherweise über die Ausbildung sozialer Normen erfolgen.

Der ehrliche Wunsch des Bürgers, durch sein Handeln einen Beitrag zum Schutz der Umwelt zu leisten, scheidet häufig an den Infrastrukturmöglichkeiten. Hausmüllseparierung ist nur dann möglich, wenn entsprechende Müllcontainer auch be-

quem zugänglich sind. Umweltschonende Produkte können nur dann gekauft werden, wenn sie auch angeboten werden. Die vorliegenden wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen mit der Nutzung derartiger Infrastruktur- und Konsumangebote sollten Kommunen und Industrie ermutigen, in verstärktem Maße darauf zu vertrauen, daß heute bereits viele bereit sind, derartige Angebote aufzugreifen.

Eine Konzeption zur Hebung von Umweltbewußtsein und zur Beeinflussung ökologisch relevanter Verhaltensweisen darf nicht als Manipulation der Bevölkerung verstanden werden. Es ist erforderlich, die Ziele und Methoden eines derartigen Vorgehens öffentlich zu machen. Es muß eine Auseinandersetzung darüber erreicht werden, wo der einzelne einen Beitrag zur Erhaltung der Umwelt leisten kann. Eine derartige öffentliche Diskussion muß jedoch auch die Grenzen der Einflußmöglichkeiten des einzelnen aufzeigen. Sie muß deutlich machen, wo die Verantwortung von Politik beginnt. Sie muß auch die Notwendigkeit einer auf ökologische Gesichtspunkte ausgerichteten Politik einbeziehen.